

13.05.2009

Pressemitteilung von Martina Bunge

Rentenüberleitung – Lebensleistungen Ostdeutscher werden weiter entwertet

"Sie haben es nicht geschafft, über ihren Schatten zu springen", sagt Martina Bunge, nachdem der Ausschuss für Arbeit und Soziales mit der Mehrheit von Union und SPD 17 Anträge der LINKEN und je einen von FDP und Bündnis 90/Die Grünen zu den Problemen der Rentenüberführung abgelehnt hat. Auch FDP und Grüne konnten sich nicht zu einer Unterstützung der Anträge der LINKEN durchringen. Bunge, Verantwortliche der Fraktion DIE LINKE für die Probleme der ostdeutschen Rentenüberleitung, erklärt weiter:

"Die Initiativen sahen vor, Ungerechtigkeiten der Rentenüberleitung 19 Jahre nach Herstellung der Einheit endlich aus der Welt zu schaffen. Betroffen davon sind nicht nur, wie oft behauptet, staatsnahe Personen aus der DDR. Auch Geschiedene, Beschäftigte des Gesundheitswesens, Beschäftigte von Bahn und Post oder Balletttänzerinnen und -tänzer haben darunter zu leiden. Viele Ältere, besonders Frauen, befinden sich in einer schwierigen sozialen Situation. Sie und weitere Benachteiligte werden genau schauen, wie sich die Abgeordneten der einzelnen Fraktionen demnächst bei der abschließenden Lesung im Bundestag verhalten.

Selbst wenn die Zeit knapp wird: Noch könnten Union und SPD die Initiative ergreifen und zeigen, dass ihnen die Lebensleistung im Osten etwas wert ist. Milliarden für die Banken konnten auch in sehr kurzer Zeit bereitgestellt werden."